

Die Abwanderung in
Mecklenburg-Vorpommern
gleicht einer
Fluchtbewegung

Ohne Jugend kein Land

Eckhardt Rehberg

Die ersten ernsthaften Vorboten in Form von belegbaren Zahlen waren im Jahr 2000 zu erkennen. Mit etlicher Zeitverzögerung gelangen die statistischen Erhebungen zur Bevölkerungsentwicklung in den Schweriner Landtag, nüchtern kommentiert und unaufgereggt. Steigende Fortzüge, sinkende Zuzüge, einst ausgeglichene Salden verkehren sich ins Negative. Die schlichten Zahlenreihen zur Zu- und Abwanderung erhalten schon bald durch persönliche Erfahrungen und Gespräche einen bedrohlichen Charakter. Zunehmender Wohnungsleerstand, fehlende Fachkräfte, sinkendes Leistungsniveau bei Auszubildenden, ganze Schulklassen gehen in den Westen, die eigenen Söhne zweifeln an ihren Perspektiven im Land, Bekannten erlebt es ähnlich. Vom Frühstückstisch aus wird Abwanderung schleichend, wenn auch noch unscharf zu einem Thema in Mecklenburg-Vorpommern.

Gezielte Recherchen und der Austausch mit Bevölkerungswissenschaftlern verdichten die Problematik. Im März 2000 thematisiert die CDU-Landtagsfraktion die demografische Abwanderung ein erstes Mal im Landtag und stößt auf eine politische Ablehnungsfront. Parallel dazu wird die steigende Abwanderung aus den neuen Ländern verstärkt in den überregionalen Medien reflektiert („Wie im Dreißigjährigen Krieg“, Spiegel 17/2001; „Treck nach Westen“, Die Woche, 31. August 2001; „Die neue Flucht aus dem Osten“, Welt am Sonntag, 23. Dezember 2001; „Wieder der doofe Rest“, Spiegel 3/2002; „Treck aus der Tristesse“,

FOCUS 8/2002). Die überregionale Berichterstattung gipfelte in der Erkenntnis, dass in einigen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns durch die Abwanderung bereits eine geistige Verblödung einsetzt, man sich dem Schicksal ergeben und sich auf eine reduzierte Landesfunktion als „Seniorenparadies Deutschlands“ einzrichten sollte (Spiegel 3/2002). Seitdem war es „in“, umfassende Reportagen über trostlose Gegenden und Orte in unserem Land zu verfassen, vom Tagesspiegel bis zur Tageszeitung.

Die CDU-Landtagsfraktion erarbeitete 2001 ein Konzept gegen die Abwanderung mit dem Titel „Abwandern oder Anpacken?“ – ein Diskussionspapier für ein lebenswertes Land mit Perspektiven und über zweihundert konkreten Vorschlägen; sie forderte gleichzeitig die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Bevölkerungsentwicklung und Perspektiven zum Leben, Arbeiten und Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern“ im Schweriner Landtag. Schnell wird jedoch deutlich: Gut zehn Monate vor der Landtagswahl soll dieses Themenfeld, das nahezu jede Familie betrifft und emotional stark besetzt ist, schnell und mit allen Mitteln aus den öffentlichen Schlagzeilen verbannt werden.

Die Abwanderung, der Wegzug der eigenen Kinder und Enkel, berührt die Menschen dessen ungeachtet inzwischen so stark, dass sich dieses Thema nicht mehr unter den Teppich kehren lässt. Diese aus den persönlichen Erfahrungswerten heraus resultierende depressive

Stimmungslage erkennen die Protagonisten der SPD/PDS-Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anstatt sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, versuchten sie, die Abwanderungsproblematik rabiät zu unterbinden. Einer der führenden Bevölkerungswissenschaftler des Landes wurde vom Ministerpräsidenten öffentlich der Milchmädchenrechnung bezichtigt, seine wissenschaftlichen Äußerungen angezweifelt (*Nordkurier*, 22. November 2001); die Abwanderung selbst sollte als Begriff ausgelöscht und der harmloseren Variante „Bevölkerungsentwicklung“ weichen (*Nordkurier*, 15. Januar 2002).

Die von der CDU-Fraktion angestrebte überparteiliche Enquete-Kommission wurde ohne Wenn und Aber abgelehnt. Jeder, der sich mit dem Thema kritisch auseinander setzte, musste damit rechnen, mit dem Totschlagargument, das Land schlechtzureden, mundtot gemacht zu werden. Insbesondere die führenden Köpfe der SPD und PDS, Ministerpräsident Harald Ringstorff und sein Stellvertreter, PDS-Arbeitsminister Helmut Holter, versuchten, das Thema frühzeitig im Keim zu ersticken. Beiden war die verheerende Faktenlage und die daraus entstehende Brisanz des Themas tiefer als allen anderen bewusst.

Öffentliches Bewusstsein

Die CDU hat sich von dem politischen Unwillen, der durchaus in allen Parteien vorhanden ist, über Abwanderung, ihre Folgen und Konsequenzen für das Land und die Politik zu sprechen, nicht von dem Thema abbringen lassen. Ein namhafter Bevölkerungsexperte hat im Jahr 2001 auf die Frage, was er von der Politik erwarte, geantwortet: „Es wäre ein großer Verdienst, wenn es der Politik gelingen würde, das Problembebewusstsein für die dramatische Entwicklung im Land zu schärfen. Das wäre der erste wichtige

Schritt, um den entscheidenden Kräften in unserem Bundesland die existenzielle Dimension der Situation begreiflich zu machen.“

Es ist sicherlich kein Aushängeschild für die Politik, wenn Wissenschaftler darum bitten, ein gravierendes, aber nicht unbekanntes Problem erst einmal öffentlich ins Bewusstsein zu rücken. Die Christdemokraten haben diese Anregung aufgegriffen und versucht, eine politische Debatte zu diesem Thema mit allem Nachdruck und gegen alle Widerstände anzuschieben. Dabei ging es immer um einen parteiübergreifenden Ansatz und darum, alle Entscheidungsträger im Interesse des Landes und angesichts der Komplexität der Problemlage ins Boot zu holen. Dialog statt Konfrontation bestimmte somit die anschließenden parlamentarischen Initiativen, das Angebot einer Enquete-Kommission, die konzeptionelle Arbeit, die Gespräche mit Fachleuten und Jugendlichen, die noch im Land leben beziehungsweise bereits ausgewandert sind. Damit ist die CDU letztendlich gescheitert.

Anfang Januar ist in den Gremien der CDU demzufolge, nachdem alle überparteilichen Bemühungen gescheitert sind, die Entscheidung gefallen, das Thema „Abwanderung“ zum übergreifenden zentralen Wahlkampfthema in Mecklenburg-Vorpommern zu machen. Weitere wesentliche Schwerpunktthemen wie die Wirtschaftsentwicklung und Bildungspolitik ordnen sich dieser Dachmarke unter und sind immanenter Bestandteil der Gesamtproblematik.

Inzwischen hat sich die Abwanderung mit all ihren Facetten zu einem sehr emotional geprägten Dauerbrenner in der allgemeinen Medienlandschaft und öffentlichen Diskussion entwickelt. Im Mai 2002 haben die beiden in Mecklenburg-Vorpommern ansässigen großen Tageszeitungen *Ostseezeitung* und *Schweriner Volkszeitung* jeweils eine mehrwöchige

Serie dazu gestartet, die sich im Titel und in den Inhalten stark ähneln. „Bleiben oder gehen?“, fragt die *Ostseezeitung* seit Anfang Mai in mehreren zum Teil ganzseitigen Berichten, die *Schweriner Volkszeitung* titelte ihre Serie mit „Weggehen oder bleiben?“ und führte Ende März 2002 dazu eine repräsentative Umfrage unter den 16- bis 29-Jährigen im Land durch. Ergebnis der Umfrage: Jeder Zweite denkt an Abwanderung. Beide Zeitungen werden mit Leserbriefen überschüttet, die Diskussionsforen im Internet sind voll, Abgewanderte melden sich zu Wort, Rückkehrer, Eltern, Verbände, Vereine, Unternehmer, Kirchen. Der Dialog ist voll im Gange. Das Thema bewegt die Menschen im Land und kann nicht mehr unterdrückt werden. Wie heiß die Problematik inzwischen für die politischen Akteure geworden ist, belegt die Tatsache, dass Ministerpräsident Harald Ringstorff sich geweigert hat, den Zeitungen im Rahmen ihrer Serie zur Abwanderung mündliche Interviews zu geben.

Kurskorrektur in der Politik

Die rasante Entwicklung in der Wahrnehmung eines Themas, das nicht so schnell aus den Schlagzeilen und dem Bewusstsein verschwindet, weil es als Problem ständig schärfer wahrgenommen wird, zeigt sich in der Kurskorrektur der beiden Regierungsparteien. Eine Enquete-Kommission im Landtag wurde zwar durch SPD und PDS abgelehnt, die Abwanderung aber in einer organisierten Aktion in fast allen Landtagsausschüssen aufgerufen und entsprechende Einzelanhörungen beantragt. Hinter dieser plötzlichen Offensive steckte vermutlich das Anliegen, die Beteiligten mit dem Thema dermaßen zu überschütten, sodass rechtzeitig vor der Wahl das öffentliche Interesse ermüdet und einschläft. Aufgrund der aufwändigen und sich ständig überschneidenden Anhörungen ist dieser Ver-

such teilweise sogar erfolgreich verlaufen. Bei den Abgeordneten, Medienvertretern und den anzuhörenden Experten setzte angesichts der vielen Einzelanhörungen überwiegend Verdruss ein. Die Diskussion verlief nicht mehr koordiniert, sondern völlig aus dem Ruder. Allerdings wurde eines unterschätzt: Der Kreis der mit den Anhörungen und Fachausschussberatung befassten Abgeordneten und Mitarbeiter ist relativ klein. Im Land war der Diskussionsprozess längst nicht abgeschlossen.

Forcierend kam hinzu, dass sich die Abwanderung mittlerweile zu einer wahren Fluchtbewegung gen Westen entwickelt hat. Unter den Jugendlichen hat sich eine bedenkliche Stimmungslage herauskristallisiert: „Ihr wollt uns nicht, dann wartet mal ab, sobald wir alt genug sind, sind wir weg.“ Für diese Trotz- oder Verzweiflungshaltung wird in Mecklenburg-Vorpommern unterdessen das Schlagwort von den schweigenden „Abstimmung mit den Füßen!“ benutzt. Der Drang, der gefühlsmäßig „schrumpfenden Gesellschaft“ schnellstmöglich den Rücken zu kehren sowie Erfolg und Anerkennung in anderen Regionen und Ländern zu finden, hat eine ungewöhnliche und gefährliche Eigendynamik bekommen. Die Enttäuschung über mangelnde Perspektiven sitzt tief.

Die Abwanderungsthematik wird unter den gegenwärtigen Umständen nun auch in den Reihen der SPD und PDS nicht länger totgeschwiegen. In den Wahlprogrammen taucht sie allerdings weiterhin nur sehr untergeordnet auf. Die SPD setzt auf zusätzliche Arbeitsplätze und eine aktive Rückkehrpolitik. Die PDS will ihre von Land und Kommunen finanzierten Schulsozialarbeiter, Projekte des dritten Arbeitsmarktes (Öffentlicher Beschäftigungssektor) wie „Jugend baut“, eine Ausbildungsplatzgarantie sowie eine Internetplattform für abgewanderte Jugendliche als wirksame Gegenmaßnah-

men zur Abwanderung verstanden wissen. Beide Parteien zeigen nach wie vor kein großes Interesse an der öffentlichen Thematisierung der Abwanderung, wobei die PDS derweil etwas unverkrampter damit umgeht als die SPD.

Die Fakten zur Bevölkerungsentwicklung

Um ein lebenswertes Umfeld auf hohem Niveau und stabiler Nachfrage zu gewährleisten, braucht man zuallererst eins: ausreichend Menschen. Die demografische Entwicklung infolge der geringen Geburtenzahlen und des damit einhergehenden Sterbeüberschusses in Deutschland und die Binnenwanderungen sind das größte gesellschaftspolitische Zukunftsproblem. Insgesamt gehen die Experten des Statistischen Bundesamtes in ihrer letzten Bevölkerungsvorausberechnung vom Juli 2000 davon aus, dass im Jahr 2050 bei einer gleichzeitig unausgewogenen Altersstruktur nur noch fünfundsechzig bis siebzig Millionen Menschen in Deutschland leben. Das bleibt nicht ohne gravierende Auswirkungen auf die Renten- und Sozialsysteme.

Aufgrund der wieder stark zunehmenden Ost-West-Binnenwanderung trifft diese Entwicklung die neuen Länder besonders hart. Die neuen Länder verlieren nach jüngsten Prognosen bis zum Jahr 2020 einschließlich Berlins erneut eine Million Bürger. Somit wandern in Ostdeutschland im Zeitraum von 1989 bis 2020 2,314 Millionen Menschen ab, das sind 12,5 Prozent der Bevölkerung. Das wäre in der Europäischen Union ein einmaliger Aderlass.

Neue Länder und Berlin

Die Bevölkerungsstärke der neuen Länder einschließlich Berlins beträgt:
1989: 18,565 Millionen Personen,
2000: 17,278 Millionen Personen und
2020 wohl 16,251 Millionen Personen.

In den neuen Ländern treten regional durchaus unterschiedliche Entwicklungen auf. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mussten und werden auch künftig bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen mit den stärksten Abwanderungen zu kämpfen haben. Die Bevölkerungswissenschaftler der Statistischen Ämter gehen von Bevölkerungsverlusten von 2002 bis 2020 von 9,4 Prozent in Sachsen-Anhalt und 9,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern aus. Es folgen Thüringen mit 9,3 Prozent, Sachsen mit 8,4 Prozent und Berlin mit 2,2 Prozent. Lediglich Brandenburg kann sich im Speckgürtel der Bundeshauptstadt über einen Bevölkerungsgewinn von zirka 77 000 Personen, vor allem aus Berlin, freuen.

Mitte der neunziger Jahre hatte es zunächst eine leichte Entwarnung bei den Ost-West-Binnenwanderungen gegeben, da sich die Zu- und Fortzüge fast ausgeglichen hatten.

Die Wanderungssalden zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet ohne Berlin betragen:
1991: 167 936; 1992: 87 825; 1993: 53 286;
1994: 25 272; 1995: 25 272; 1996: 25 092;
1997: 14 034; 1998: 26 192; 1999: 43 587;
2000: 61 277.

Arbeitsperspektiven fehlen – Abwanderung steigt rasant an

Da sich die Erwartungen hinsichtlich eines zügigen Ost-West-Angleichs in den Lebensverhältnissen nicht erfüllten, stiegen die Ost-West- und auch die Nord-Süd-Abwanderungen 1998 wieder an. Die Hauptgründe für die Abwanderung aus den neuen Ländern hat das Leipziger Institut für Marktforschung schon 2001 untersucht. 78 Prozent gingen in den Westen, um eine Arbeit beziehungsweise eine Ausbildungsstelle zu finden und um eine bessere Bezahlung zu erhalten, 26 Prozent lockten die attraktiveren Lebensbedingungen und 13 Prozent die besseren Freizeitmöglichkeiten.

Umfragen vom Februar 2001 haben ergeben, dass jeder dritte Jugendliche zwischen 18 und 29 die neuen Länder verlassen will. Eine bereits erwähnte Umfrage des gleichen Institutes stellt nur ein Jahr später, im März 2002, fest, dass sich nun schon jeder zweite Jugendliche mental mit der Abwanderung befasst und diese in Erwägung zieht.

Mecklenburg-Vorpommern blutet unter dem massiven Abzug jüngerer, kreativer Köpfe dramatisch aus. Seit der Wende hat das Land in der Altersgruppe von zwanzig bis fünfunddreißig Jahren über 400 000 Menschen verloren. Weitaus weniger Personen verlegten demgegenüber ihren Hauptwohnsitz nach Mecklenburg-Vorpommern. Im Zeitraum von 1989 bis 1998 sind 382 000 überwiegend jüngere Menschen fortgezogen und 277 000 Menschen zugezogen. Allein infolge des negativen Saldos aus Zu- und Fortzügen verringerte sich die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns in diesen zehn Jahren um 105 000 Personen oder 5,3 Prozent.

Ein ausgeprägtes Spezifikum für das Land stellt dabei der überproportionale Wegzug vor allem junger Frauen im gebärfähigen Alter dar; bis zu acht Prozent eines Jahrgangs verlassen gegenwärtig das Land. Hinzu kommt, dass sich die Tendenz, keine Kinder zu bekommen, inzwischen den westlichen Verhältnissen annähert. Für den Jahrgang 1965 liegt er im Durchschnitt bei den Frauen in den alten Ländern bei über dreißig Prozent, bei den Frauen in den neuen Ländern noch bei etwa 27 Prozent. Zum Vergleich: Im Jahrgang 1935 bekamen lediglich fünf bis sieben Prozent der Frauen keine Kinder. Das extreme „Wegbrechen“ an Humankapital – an jungen Menschen – und zukünftigen Müttern wird zweifellos zu großen demografischen Lücken und sozialen Verwerfungen führen.

Die Bevölkerungszahl ist in unserem Land insgesamt seit Anfang 1989 von 1,978 Millionen Personen um rund

220 000 Personen auf 1,759 Millionen Personen Ende 2001 (so die Schätzung des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern) zurückgegangen. Bielefelder und Rostocker Wissenschaftler rechnen mit einem Rückgang der Bevölkerung bis zum Jahr 2020 auf 1,61 Millionen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Das wäre im Verhältnis zum Jahr 2000 ein weiterer Verlust von 160 000 Menschen. Hält die Abwanderungswelle bei jungen Frauen im Alter von sechzehn bis vierundzwanzig Jahren an, fehlen in sechs bis acht Jahren dreißig Prozent der potenziellen jungen Mütter.

Knapp zwei Drittel dieses Gesamtrückganges sind gegenwärtig auf die Abwanderungen, ein Drittel auf den Sterbeüberschuss infolge des Geburtenrückganges zurückzuführen.

1990 musste Mecklenburg-Vorpommern den größten Wanderungsverlust mit einem Minus von 42 307 Menschen hinnehmen, während es 1995 und 1996 sogar zu leichten Überschüssen von 198 beziehungsweise 1666 Personen kam. Die ausgleichenden Zuzüge gehen vor allem auf das Konto von Zuwanderungen russisch-deutscher Aussiedler, die auf die Länder verteilt und offiziell als Zuwanderer aus den alten Ländern erfasst werden. Seit 1997 stiegen die Wanderungsverluste auch in Mecklenburg-Vorpommern wieder rapide an und erreichten im Jahr 2000 mit einem Negativsaldo von 9478 den höchsten Stand seit 1992. Die Abwanderungsverluste haben sich von 1999 auf 2000 nahezu verdoppelt. Laut Schätzung des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern stiegen die Wanderungsverluste in 2001 auf 11 700 Personen.

Wanderungsverluste in Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern betragen die Wanderungsverluste
1997: 3503 Personen,
1998: 3737 Personen,

1999: 4498 Personen,
2000: 9478 Personen und
2001: 11 700 Personen.

Zusammen mit dem Sterbeüberschuss (4200) verlor das Land im Jahr 2001 15 900 Bürger. Entwarnung ist vorläufig nicht in Sicht. Hauptabwanderungsländer sind Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bayern und Baden-Württemberg.

Bislang ist lediglich ein Rückgang der Abwanderung ab dem Jahr 2006/08 zu erwarten, da dann die geburtenschwachen Jahrgänge in das gebärfähige Alter kommen. Die zurzeit leicht steigenden Geburtenraten werden drastisch sinken, wenn dem bislang ungebremsten Trend der Abwanderung nicht aktiv entgegengesteuert wird. Auf Dauer muss man sich allerdings realistischerweise auf weniger Menschen einstellen.

Fachkräftemangel wird zum größten Engpass

Im Gegensatz zu den alten Ländern wird sich ein akuter Fachkräftemangel in Ostdeutschland erst ab 2006/08 einstellen. Dann stoßen die geburtenschwachen Jahrgänge nach der Wende auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Bis zum Jahr 2010 verringern sich die Berufsschüler in Mecklenburg-Vorpommern um zwei Drittel. Momentan existiert noch ein Arbeitskräfteüberschuss, da die geburtenstarken Jahrgänge aus den siebziger und achtziger Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen.

Ganze Branchen, beispielsweise im Gesundheitsbereich und in der Metallindustrie, ziehen allerdings bereits heute systematisch junge qualifizierte Fachkräfte aus den neuen Ländern ab, um ihren Mangel auszugleichen. Längst bedienen sich nicht nur Standorte in den alten Ländern, sondern auch der skandinavische und westeuropäische Raum der motivierten und gut ausgebildeten Fachkräfte aus den neuen Ländern. Mittels

Mobilitätsprämien werden junge Fachkräfte zusätzlich in andere Bundesländer umgelenkt und mit großem finanziellen Aufwand sozusagen aus den neuen Ländern wegsubventioniert. Somit kommt es schon jetzt in einzelnen Bereichen auch in den neuen Ländern zum Fachkräftemangel. Aufgrund der wesentlich besseren Lebenslage in den alten Ländern und sich entwickelnde Sozialkontakte und Familienbindungen wird der überwiegende Teil dieser Umsiedler nicht in seine Herkunftsregion zurückkehren. Im Gegen teil, diese Abwanderer ziehen sogar noch Freunde und Bekannte nach.

Die Politik in Mecklenburg-Vorpommern muss sich bereits heute darauf einstellen, dass ab 2006/08 Fachkräfte in allen Bereichen fehlen werden. Darauf ist sie noch in keiner Weise vorbereitet. Aus dieser Situation ergibt sich ein enormer Handlungsbedarf für alle politischen, aber auch wirtschaftlichen Entscheidungsträger.

Schon jetzt wird in den alten Ländern und anderen prosperierenden europäischen Regionen immer härter um gut ausgebildete, motivierte Fachkräfte und Zuwanderer bundesweit und international gerungen. Auf den immer aggressiveren Kampf um die besten Köpfe müsse man sich gezielt vorbereiten und auf bestimmte Ziel- und Fachgruppen und insbesondere auf junge Familien aus den anderen Bundesländern, der Anrainerstaaten und Spätaussiedler konzentrieren, wenn man 2006 nicht mit leeren Händen dastehen will.

Dabei muss natürlich berücksichtigt werden, dass die Nutzung der eigenen Ressourcen sofort möglich ist, während Zuwanderung bekanntermaßen kein Allheilmittel und nur über einen längeren Zeitraum in einem vernünftigen und akzeptablen Rahmen zu realisieren ist. Man muss auch die Realitäten zur Kenntnis nehmen: Wir sind momentan für qualifizierte Fachkräfte aus den anderen

Bundesländern und aus dem Ausland alles andere als ein attraktives Gebiet für eine mögliche Zuwanderung. Nicht umsonst sind wir derzeit mit lediglich neun Greencard-Besitzern im Land absolutes Schlusslicht unter den Bundesländern. Das heißt, die potenziellen Zuwanderer gehen lieber in die boomenden Regionen mit umfassend entwickelter Infrastruktur und hohem Freizeitwert. Infolgedessen muss sich das Land zusätzlich Gedanken machen und Anreize schaffen, um junge Familien für Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen.

Im allgemeinen Globalisierungsprozess und Wandel zur Dienstleistungs- und Wissenschaftsgesellschaft stellen qualifizierte und motivierte Menschen die wichtigste Zukunftsressource dar. Dabei gewinnen insbesondere weiche Standortfaktoren wie Bildung, die Kulturlandschaft und größere Events an Bedeutung. Ohne kreative und gut ausgebildete Köpfe kann Mecklenburg-Vorpommern seinen gegenwärtigen Wohlstand nicht halten, geschweige denn verbessern. Es muss um die besten Köpfe kämpfen.

Zu den gravierendsten Konsequenzen der Abwanderung gehören:

- wachsender Wohnungsleerstand; in den neuen Ländern stehen über eine Million Wohnungen beziehungsweise dreizehn Prozent des Wohnungsbestandes leer
- zunehmender Fachkräftemangel, sinkende Arbeitsproduktivität
- zurückgehende Steuer- und Kaufkraft
- verminderte Pro-Kopf-Zuweisungen des Bundes (Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen)
- Der „Verlust“ eines Bürgers führt nach Angaben des Landesfinanzministeriums zu Mindereinnahmen in Höhe von zweitausend Euro, bei einem durchschnittlichen Bevölkerungsrückgang von fünfzehntausend Personen im Jahr sind das allein dreißig Millionen Euro Steuerminderein-

nahmen, in zwei Jahren sechzig Millionen Euro.

- Eine Untersuchung des Institutes für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle-Leipzig Anfang des Jahres 2001 hat ergeben, dass beispielsweise Sachsen-Anhalt durch den Bevölkerungsrückgang seit 1996 bis 2001 Kaufkraft in Höhe von 2,4 Milliarden D-Mark verloren hat.
- unausgeglichene Sozialstruktur, Auflösen der Vereinsstrukturen
- Gefährdung von Bildungs- und Kulturstandorten und Hochschulen
- sinkendes Wirtschaftswachstum und Einkommensniveau
- weitere Schwächung des Handwerks und Einzelhandels durch sinkende Nachfrage
- Wegbrechen kommunaler Strukturen
- mentale Probleme durch öffentliche Darstellung, Frustration bei den Zurückgebliebenen
- sinkende Lebensqualität
- steigende Gebühren für Müll, Wasser/Abwasser und Energie und gesundheitliche Versorgung

Aus dem einst „jüngsten“ Bundesland Mecklenburg-Vorpommern droht bis zum Jahr 2020 das „älteste“ Land zu werden.

Abwanderung betrifft alle

Der Bäcker verkauft keine Brötchen mehr, der Konzertveranstalter keine Karten, leer stehender Wohnungsbestand verfällt und verursacht hohe Kosten, Schulstandorte sind nicht zu halten, Resignation breitet sich aus. Abwanderung führt zu einem verheerenden Kreislauf, während gleichzeitig die von der Binnenwanderung profitierenden Länder in einen positiven Entwicklungssog geraten. Die gut qualifizierten Zuwanderer aus den neuen Ländern stärken die Wirtschaftskraft, den Wohlstand und das Einkommen vor allem von Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg.

Aber: Abwanderung und Bevölkerungsdezimierung muss man nicht schicksalsergeben hinnehmen. Niemand hilft es, wenn die Politik kollektiv den Kopf in den Sand steckt und so tut, als würden sich die erheblichen strukturellen Erosionen in Mecklenburg-Vorpommern irgendwann in Luft auflösen. Die größten Einschnitte stehen im Jahr 2006 sogar erst noch bevor.

Hilflosigkeit überwinden

Sicher reicht es nicht, spezielle landespolitische Programme aufzulegen. Es muss auch für ein entsprechendes gesellschaftliches Klima im Land geworben werden, für einen neuen Willen, die komplexe Lage gemeinsam zu bewältigen. Aufklärungsarbeit muss geleistet werden. Man muss bereit sein, an seine Grenzen zu gehen, seine Potenziale auszuschöpfen, neue Wege zu gehen. Man darf sich nicht im kleinkarierten Parteienstreit verzetteln.

Schon jetzt ist darüber hinaus klar, dass die Bundesregierung und die alten Länder zur Lösung der Abwanderungsproblematik beitragen müssen. Man muss die Abwanderung zu dem machen, was sie ist, ein gesamtdeutsches Thema mit gesamtdeutscher Verantwortung. Der Verlust an Menschen, die dem Westen mit ihrer Arbeitskraft zur Verfügung stehen, ist mit Geld nicht aufzuwiegen. Die Unterstützung muss konkreter Art sein und die Umsetzung von Maßnahmen betreffen, die der Abwanderung nachhaltig Einhalt gebieten.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern plädiert vor diesem Hintergrund für einen konstruktiven Abwanderungsgipfel, der die Länder und die Bundespolitik zu diesen Problemfeldern an einen Tisch holt und Lösungsansätze erarbeitet. In Mecklenburg-Vorpommern könnte eine

am Landtag angekoppelte und mit Fachkräften besetzte Zukunftskommission, eine Enquete-Kommission, ein geeignetes Gremium sein, diese Problematik auf Landesebene öffentlich und sachlich zu diskutieren. Bei Regierungsübernahme soll ein Beraterstab mit Volkswirtschafts- und Bevölkerungswissenschaftlern in der Staatskanzlei gebildet werden.

Bei aller notwendigen Diskussion im Land darf das Handeln nicht unter den Tisch fallen und vergessen werden. Aus den bisherigen über zweihundert Vorschlägen, die in den nächsten Monaten im Land diskutiert werden, wird ein komplexer Maßnahmenkatalog zusammengestellt, der nach der Wahl umgehend angepackt werden soll. Eine gestraffte Wirtschaftsförderungsstruktur, eine Verwaltungsreform, eine Standort-, Image- und Investitionsoffensive sowie der Ausbau einer modernen, leistungsorientierten Schul- und Hochschullandschaft stehen dabei schwerpunktmäßig im Mittelpunkt des abzusteckenden Handlungsrahmens.

Auch die mentale Seite wird und darf nicht zu kurz kommen. Den Jugendlichen soll wieder gezeigt werden: Ihr seid es uns wert, wir wollen mit Euch um Perspektiven in unserem Land kämpfen und unser Land so attraktiv gestalten, dass möglichst viele bei uns arbeiten, wohnen und leben wollen.

Es gibt kein Patentrezept gegen Abwanderung. Politik kann trotzdem mit einer Vielzahl abgestimmter Maßnahmen einiges bewegen. Das beste Beispiel ist Irland. Das klassische strukturschwache Abwanderungsland ist zum keltischen Tiger mutiert und klagt inzwischen über Fachkräftemangel für seine zügig wachsende Wirtschaft. Auch Irland holt sich seine Arbeitskräfte inzwischen notgedrungen von außen – gern auch aus Mecklenburg-Vorpommern.